



---

August 2004

## **Die Effizienz der schweizerischen staatlichen Leistungen**

WWZ-Forschungsbericht 06/04-e

Simeon Hofmänner

---

Diese Arbeit ist zusammen mit weiteren Hintergrundberichten in Frank Bodmer und Silvio Borner (Hrsg.), «Wohlstand ohne Wachstum – Die Hintergrundberichte», WWZ-Forschungsbericht 04/06, WWZ-Forum, Basel 2004 erschienen.

WWZ Forum, Petersgraben 51, CH - 4003 Basel

Fax +41 61 267 33 33 | e-mail: [forum-wwz@unibas.ch](mailto:forum-wwz@unibas.ch) | [www.wwz.unibas.ch/forum](http://www.wwz.unibas.ch/forum)

Eine Veröffentlichung des  
Wirtschaftswissenschaftlichen Zentrums (WWZ) der Universität Basel

*Kontakt- und Bestelladresse:*

WWZ Forum, Petersgraben 51, CH-4003 Basel Fax +41 61 267 33 33

In der Reihe „WWZ-Forschungsberichte“ werden die Ergebnisse aus WWZ-Forschungsprojekten publiziert

© WWZ 2004 und die Autoren

Jede Reproduktion, auch von Teilen und unabhängig vom Medium, ist nur mit Genehmigung des Autors und des WWZ gestattet. Bitte wenden Sie sich an das WWZ Forum

*Die Publikation wird durch die freundliche Unterstützung des Vereins zur Förderung des WWZ ermöglicht.*

Simeon Hofmänner

## **Die Effizienz der schweizerischen staatlichen Leistungen**

Abstract:

Die Schweizer Staatsquote steigt seit den 90er Jahren stark an. Der Wirtschaftstheorie folgend sollte sich der Staat jedoch auf seine Kernaktivitäten beschränken, um ein optimales Wirtschaftswachstum zu ermöglichen. Die vorliegende Arbeit untersucht die Höhe und die Entwicklung der grössten Ausgabenbereiche in einem internationalen Vergleich und beschreibt das Ausmass der schweizerischen „Verschwendung“. Es wird gezeigt, dass die Schweiz besonders in den Bereichen Soziale Wohlfahrt und Landwirtschaft im internationalen Vergleich sehr grosszügig ist.

Diese Arbeit ist in Frank Bodmer und Silvio Borner (Hrsg.), «Wohlstand ohne Wachstum – Die Hintergrundberichte», WWZ-Forschungsbericht 04/06, WWZ-Forum, Basel 2004 erschienen.

## Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung .....	3
2	Die Schweizer Staatsausgaben .....	3
3	Spezialanalysen der schweizerischen öffentlichen Ausgaben .....	6
3.1	Soziale Wohlfahrt.....	6
3.1.1	Ausgabenentwicklung der Sozialen Wohlfahrt.....	7
3.1.2	Teilbereiche der Sozialen Wohlfahrt.....	7
3.2	Gesundheitsausgaben .....	12
3.3	Bildungsausgaben .....	16
3.4	Landwirtschaft.....	19
4	Schlussfolgerungen.....	21
	Anhang.....	22
	Literaturverzeichnis.....	27

## 1 Einleitung

Die Schweizer Staatsquote ist in den 90er- Jahren im Vergleich zu den anderen OECD-Ländern stark gestiegen. Die Ausgaben in vielen Bereichen (z.B. Gesundheit, Verkehr, AHV- und IV-Ausgaben) werden deshalb immer kritischer in der öffentlichen und politischen Diskussion hinterfragt.

In der Wirtschaftstheorie werden Ausgaben des Staates für reine öffentliche Güter<sup>1</sup> ein positiver Wachstumseinfluss zugeschrieben. Die Staatsausgaben umfassen aber weitere Bereiche, denen keine positive Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum zugewiesen wird. Ab einer bestimmten Grösse des Staatssektors wird dieser Einfluss sogar negativ (vgl. GWARTNEY (1998)). Für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes ist jedoch nicht nur die Höhe und das Wachstum der Staatsausgaben von Interesse, sondern auch der „Output“ der mit diesen Ausgaben erreicht wird. Ausgangspunkt für diese Untersuchung sind deshalb einerseits der Umfang der Ausgaben der öffentlichen Hand und andererseits der Output, der mit diesen Ausgaben erbracht wird. Ähnlich gehen TANZI UND SCHUHKNECHT (2003) vor.

Die Ursachenforschung des schweizerischen Ausgabenwachstums ist nicht primäre Aufgabe dieser Arbeit, wird aber jeweils kurz angesprochen.

Im Anschluss an die Einleitung stellt das zweite Kapitel die Entwicklung und die Aufteilung der Schweizer Staatsausgaben dar und vergleicht diese mit OECD-Ländern. Kapitel 3 untersucht die drei grössten Ausgabegebiete der schweizerischen öffentlichen Hand (Soziale Wohlfahrt, Bildung, Gesundheit) und die Landwirtschaft als grossen Subventionsempfänger in einem internationalen Vergleich auf ihre Effizienz. Schlussfolgerungen beenden die Arbeit.

## 2 Die Schweizer Staatsausgaben

Wirtschaftstheoretisch wird öffentlichen Gütern (Bildung<sup>2</sup>, Justiz und Polizei, Infrastruktur und Landesverteidigung) ein positiver Wachstumseinfluss zugewiesen. Aber es wird angenommen, dass dieser positive Effekt mit einer Ausweitung der staatlichen Tätigkeiten abnimmt. Da mit steigenden Staatsausgaben auch zwangsläufig private Güter angeboten werden, wird mit der Zeit dieser Einfluss der nicht-öffentlichen Güter sogar negativ. Als Grund dafür wird einerseits genannt, dass die zur Finanzierung notwendigen Steuern die Anreize zum Arbeiten, Investieren und Innovieren verringern und andererseits, dass der Staat private Anbieter verdrängt. Dabei wird angenommen, dass der Staat ineffizienter als private Anbieter operiert (vgl. HEITGER 2001).

In der Schweiz werden etwa 38% der Staatsausgaben für reine öffentliche Güter verwendet. Der Rest wird für Bereiche ausgegeben, die laut Wirtschaftstheorie keinen positiven Einfluss auf das Wirtschaftswachstum ausüben. Im internationalen Vergleich ist dies kein Sonderfall. In den meisten OECD-Staaten wird weniger als die Hälfte der Staatsausgaben für reine öffentliche Güter ausgegeben (vgl. HEITGER 2001).

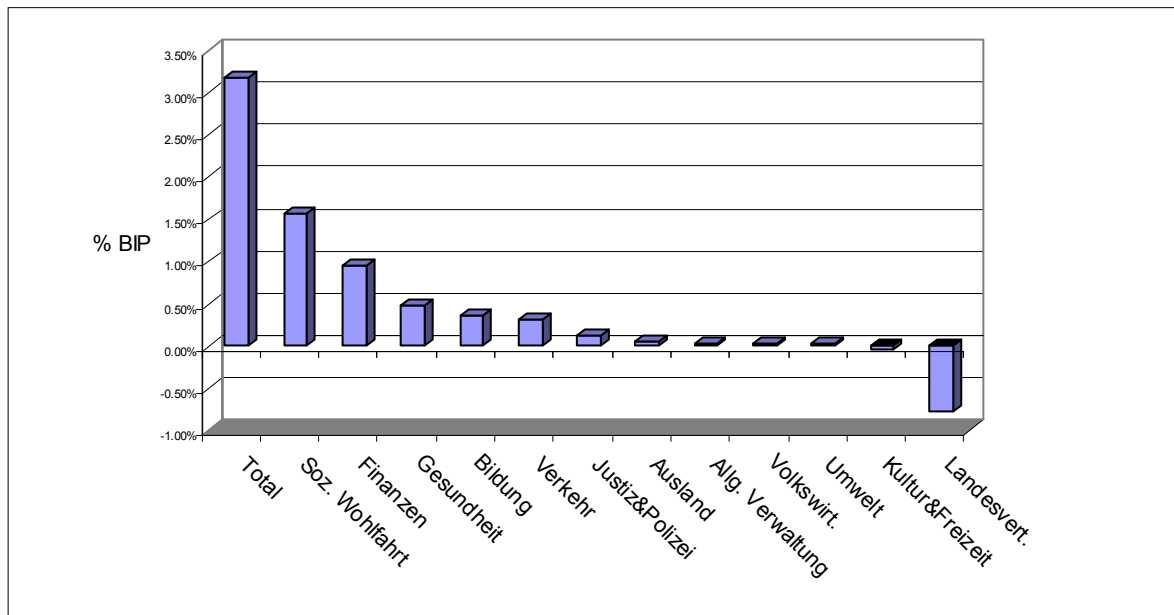
Das Wachstum der Schweizer Staatsquote ist im letzten Jahrzehnt zum grössten Teil auf die Bereiche Soziale Wohlfahrt, Finanzen, Gesundheit und Bildung zurückzuführen (Abb. 1).

---

<sup>1</sup> Justiz und Polizei, Infrastruktur, Landesverteidigung, Bildung

<sup>2</sup> Der private Sektor ist in der Lage Bildung bereitzustellen, deshalb ist Bildung kein *reines* öffentliches Gut.

Abbildung 1: Das Wachstum des Staates in der Schweiz nach Funktionen 1990 – 2000



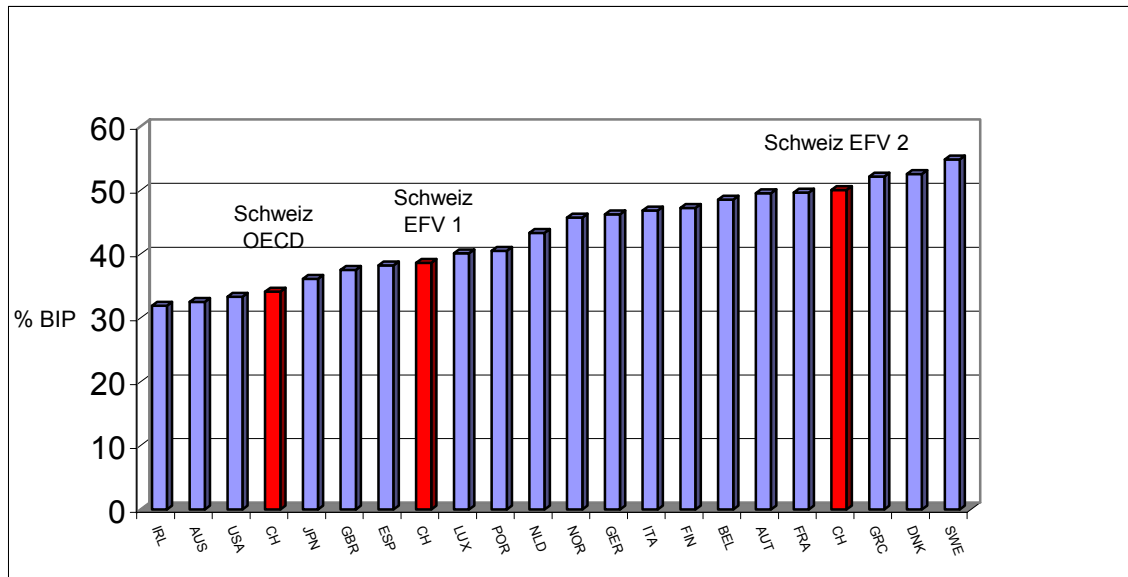
Quelle: Eidgenössisches Finanzdepartement

Die von der OECD veröffentlichte Staatsquote lässt darauf schliessen, dass die Schweiz im internationalen Vergleich durchschnittliche Staatsausgaben tätigt (Abb. 2: Schweiz OECD). Dieser Vergleich ist aber irreführend, da die Schweiz andere Berechnungsgrundlagen als die OECD aufweist. Insbesondere werden gewisse Sozialversicherungsabgaben von der OECD nicht als staatlich eingestuft, da diese Leistungen aus dem staatlichen Budget ausgelagert sind<sup>3</sup>. CHARDONNENS UND SAURER (2002) berechnen eine minimale Staatsquote für die Schweiz von 38.6% (Abb. 2: EFV1<sup>4</sup> und eine Maximale von fast 50% (Abb. 2: EFV2). Hier wurden alle Institutionen, die sich aus Abgaben mit obligatorischem Charakter finanzieren, beachtet. Je nach Berechnungsmethode gehört die Schweizer Staatsquote also zu den mittleren bis grössten der OECD.

<sup>3</sup> Zusätzliche Messprobleme entstehen durch das komplexe und aus verschiedenen Programmen zusammengesetzte Sozialversicherungssystem und die unterschiedlichen Besitzstrukturen vieler öffentlichen Unternehmen.

<sup>4</sup> Eidgenössische Finanzverwaltung

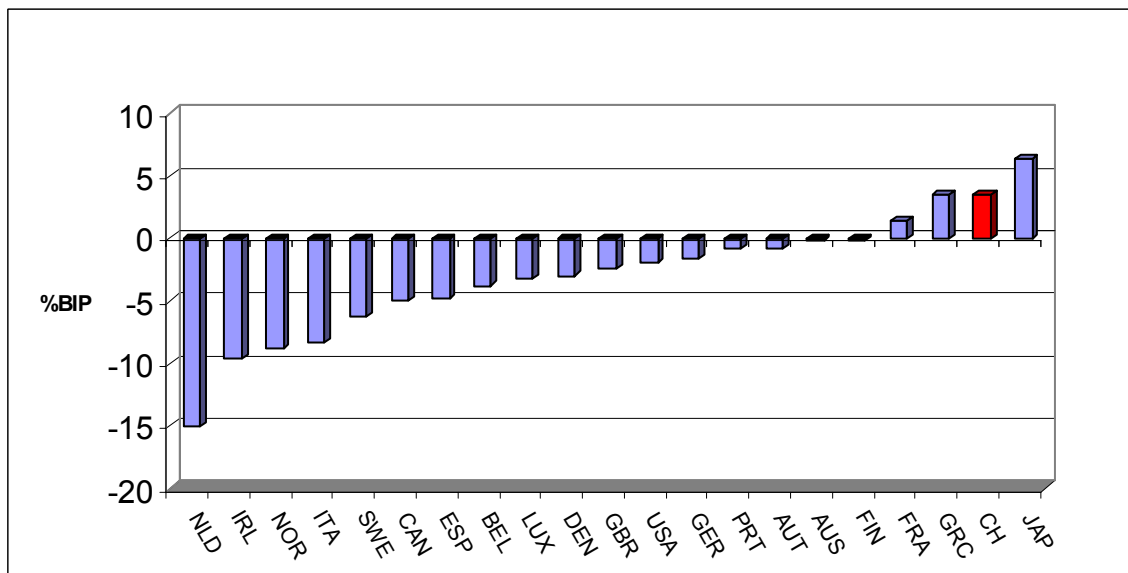
Abbildung 2: Schweizer Staatsquote im internationalen Vergleich 1999



Quelle: Historical Statistics OECD, Chardonens, P. Saurer, P (2002, S. 22)

Interessant ist zudem eine längerfristige Betrachtung der Veränderung der Staatsquoten innerhalb der OECD. Während die Schweizer Staatsquote in den 70er und 80er Jahren im OECD Vergleich durchschnittlich gewachsen ist, scheint die Schweiz in den 90er Jahren eine Ausreisserrolle angenommen zu haben (Abb. 3). Von den OECD-Ländern ist in diesem Zeitraum nur Japans (krisengeschüttelte) öffentliche Hand schneller gewachsen als diejenige der Schweiz. Die meisten anderen Länder konnten im Gegensatz ihre Staatsquoten sogar verringern.

Abbildung 3: Veränderung der Staatsquoten in den 90er Jahren in % BIP



Quelle: OECD, Historical Statistics

Diese Ausgabensteigerungen in Prozentpunkten des BIP ist zu einem Teil auf das schlechte Wirtschaftswachstum der Schweiz während den 90er Jahren zurückzuführen. In anderen Ländern konnten Ausgabensteigerungen durch ein höheres Wirtschaftswachstum kompensiert werden. Zusammenfassend ist

festzuhalten, dass die schweizerische öffentliche Hand im internationalen Vergleich nicht unterdurchschnittlich ist und sie zudem schneller wächst als in den meisten Ländern der OECD.

### 3 Spezialanalysen der schweizerischen öffentlichen Ausgaben

In diesem Kapitel werden die Ausgaben von Bund, Kantonen und Gemeinden einem internationalen Vergleich unterzogen<sup>5</sup>. Die Ausgabenbereiche *Bildung*, *Soziale Wohlfahrt* und *Gesundheitsausgaben* bieten sich als geeignete Fallstudien an. Einerseits dadurch, dass sie die grössten Ausgabenposten umfassen, andererseits durch die Tatsache, dass sie zwischen 1990 und 2000 die höchsten Wachstumsraten in Prozent des BIP aufwiesen. Im Jahre 2000 deckten diese drei Aufgabenbereiche über 50% der gesamten Ausgaben von Bund, Kantonen und Gemeinden ab. Die Landwirtschaft ist durch den hohen protektionistischen Schutz und als Empfänger von hohen Direktzahlungen und Subventionen von Interesse. Im Verantwortungsbereich des Staates befinden sich auch die gesetzlichen Regeln und Regulierungen des Staates. Im Anhang I werden deshalb kurz die Schweizer Netzwerksektoren, die stark reguliert sind, einem internationalen Vergleich unterzogen.

Der Bereich Finanzen und Steuern, der im letzten Jahrzehnt ebenfalls stark gewachsen ist, wird nicht untersucht. Dieser Aufgabenbereich besteht fast ausschliesslich aus Ausgaben für die Vermögens- und Schuldenverwaltung. Somit stellt der Bereich Finanzen und Steuern „nichts anderes als das Negativbild aller anderen Ausgaben und Steuereinnahmen der Vergangenheit...“<sup>6</sup> dar. Die Ausgaben (und Einnahmen) in den anderen Bereichen sind somit für das Wachstum in diesem Sektor verantwortlich. Ein weiterer Grund für dieses Wachstum ist der gestiegene Schuldendienst.

Bei den betrachteten Bereichen wird wo möglich eine Schlussfolgerung in Form eines monetären Betrages dargestellt, den die Schweiz im Vergleich zu einem OECD<sup>7</sup> Durchschnitt entweder einspart oder verschwendet.

#### 3.1 Soziale Wohlfahrt

Mit 19 % der gesamten Staatsausgaben (2000) ist die Soziale Wohlfahrt der grösste Ausgabenbereich des Schweizer Staates. Die Soziale Wohlfahrt ist jedoch ein Sammelbegriff für sehr unterschiedliche Bereiche. In einem ersten Schritt wird deshalb die Ausgabenentwicklung der OECD Staaten untersucht und in einem zweiten Schritt Teilbereiche der Sozialen Wohlfahrt analysiert. Die Untersuchung beschränkt sich dabei auf die Altersvorsorge und die Invalidenversicherung. Diese stellen die mit Abstand grössten Bereiche der Sozialen Wohlfahrt der Schweiz dar.

---

<sup>5</sup> OECD-Daten der Datenbanken Social Expenditure-, Health-, und Education Database: Daraus folgt, dass alle Ausgaben (insbesondere Sozialversicherungen) enthalten sind. Die Abgrenzung der Staatsausgaben ist also anders als z.B in Abb. 1.

<sup>6</sup> Economiesuisse (2002), S. 48

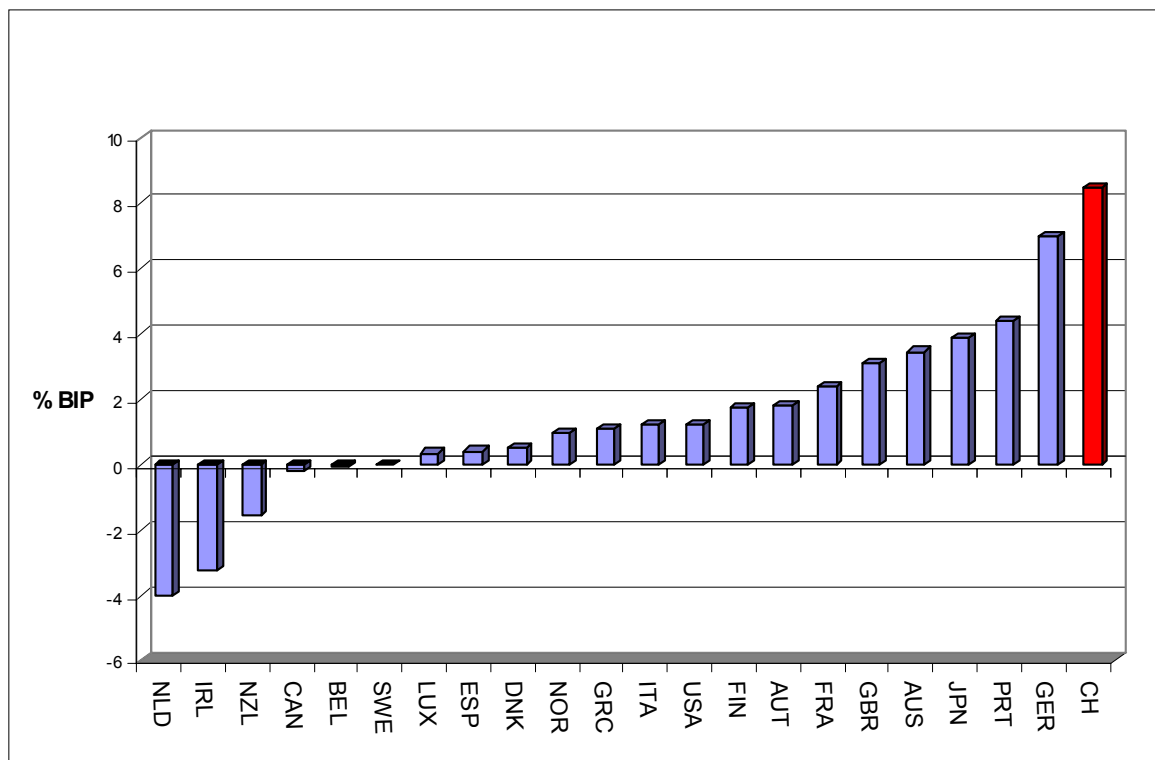
<sup>7</sup> In keinem Bereich existieren für alle Länder Daten. Des Weiteren wurden die Ostblockländer, Korea, Türkei und Mexiko nicht in die Berechnungen einbezogen um eine möglichst „homogene“ Ländergruppe zu erhalten.



### 3.1.1 Ausgabenentwicklung der Sozialen Wohlfahrt

Ein Vergleich der Ausgabenentwicklung der OECD-Länder zeigt, dass die schweizerischen Ausgaben zwischen 1990 und 1998 am stärksten gewachsen sind (Abb. 4). Ausgehend von einer im OECD-Vergleich durchschnittlichen Sozialausgabenquote im Jahre 1990 führte dieses Wachstum dazu, dass 1998 nur noch Schweden, Dänemark und Frankreich eine leicht höhere Quote als die Schweiz aufwiesen.

Abbildung 4: Veränderung der Sozialausgaben in Prozentpunkte BIP 1990-1998<sup>8</sup>



Quelle: OECD Social Expenditure Database

### 3.1.2 Teilbereiche der Sozialen Wohlfahrt

„Eine nachhaltige Stabilisierung des ganzen Sozialbereichs wird vor allem von Massnahmen im AHV- und IV-Bereich abhängen<sup>9c</sup>“

- **Ausgaben Geldleistungen an Rentner**

Mit über 27.4 Mrd. CHF (1999)<sup>10</sup> stellt die AHV das mit Abstand grösste Ausgabenvolumen der Sozialen Wohlfahrt in der Schweiz dar. Die berufliche Vorsorge steuert weitere 17 Mrd. CHF über Renten und Kapitaleleistungen den Rentnern zu<sup>11</sup>. In diesem Bereich weist die Schweiz im OECD-Vergleich das höchste Wachstum als Prozentsatz vom BIP für den Zeitraum von 1990-1998 auf (Abb. 5).

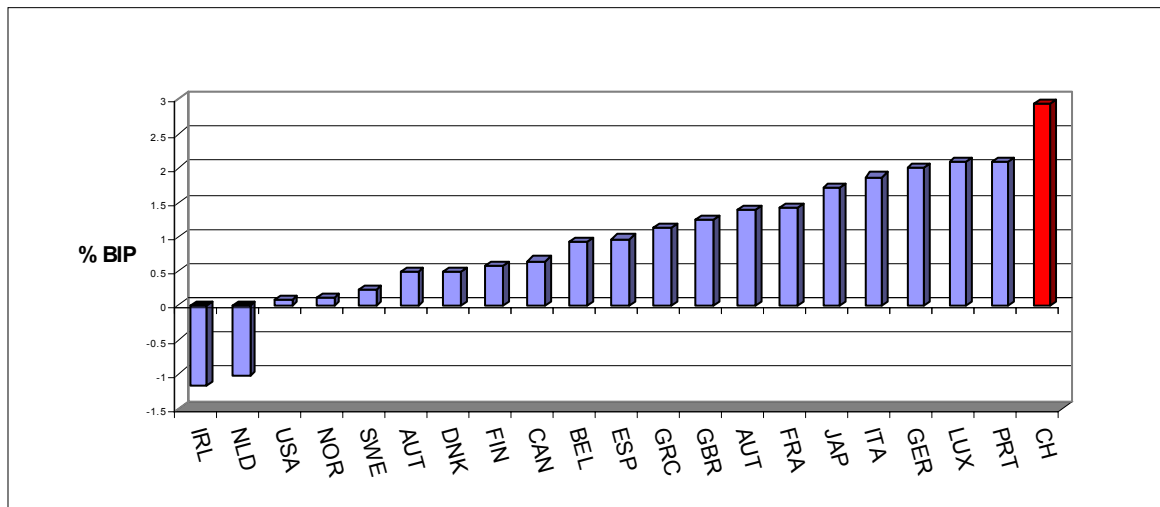
<sup>8</sup> Diese Zahlen sind unterschiedlich zu denjenigen der Staatsquote, da alle Sozialversicherungsausgaben enthalten sind.

<sup>9</sup> ECONOMIESUISSE (2002), S. 72

<sup>10</sup> ECONOMIESUISSE (2002), S. 72

<sup>11</sup> SCHWEIZERISCHE SOZIALVERSICHERUNGSSTATISTIK 2003, S. 127

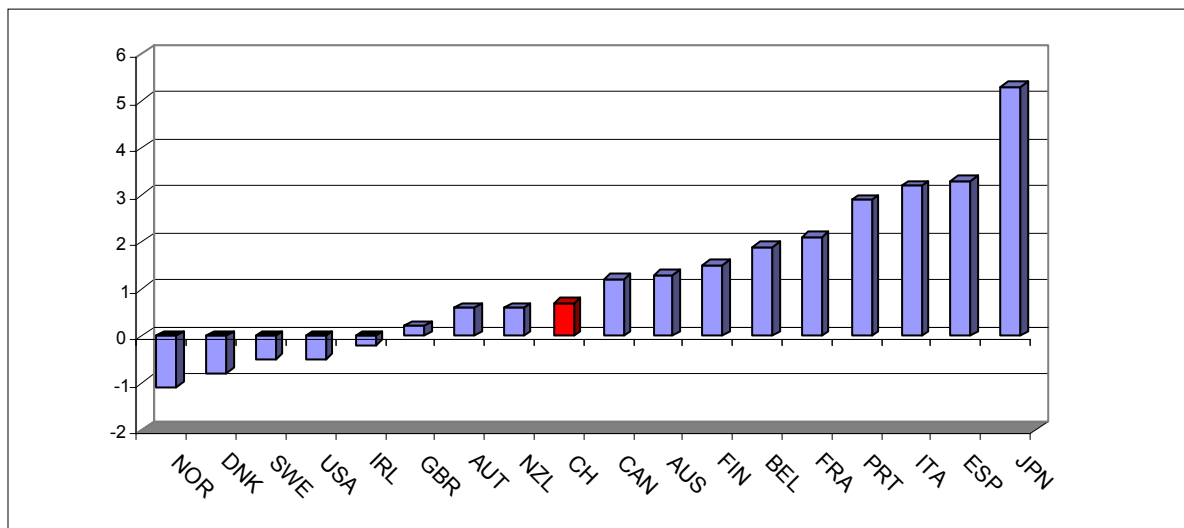
Abbildung 5: Veränderung der Geldleistungen an Rentner in Prozentpunkten BIP 1990-1998



Quelle: OECD Social Expenditure Database

Ein internationaler Vergleich der Anzahl Personen über 65 Jahren in Prozent der Gesamtbevölkerung (Abb. 7, X-Achse) und dem Wachstum dieser Zahl in den 90er Jahren (Abb. 6) verdeutlicht, dass die demographische Entwicklung der Schweiz nicht für das AHV-Ausgabenwachstum verantwortlich gemacht werden kann. Sowohl bezüglich Anzahl wie Wachstum der Rentner fällt die Schweiz nicht aus dem Rahmen.

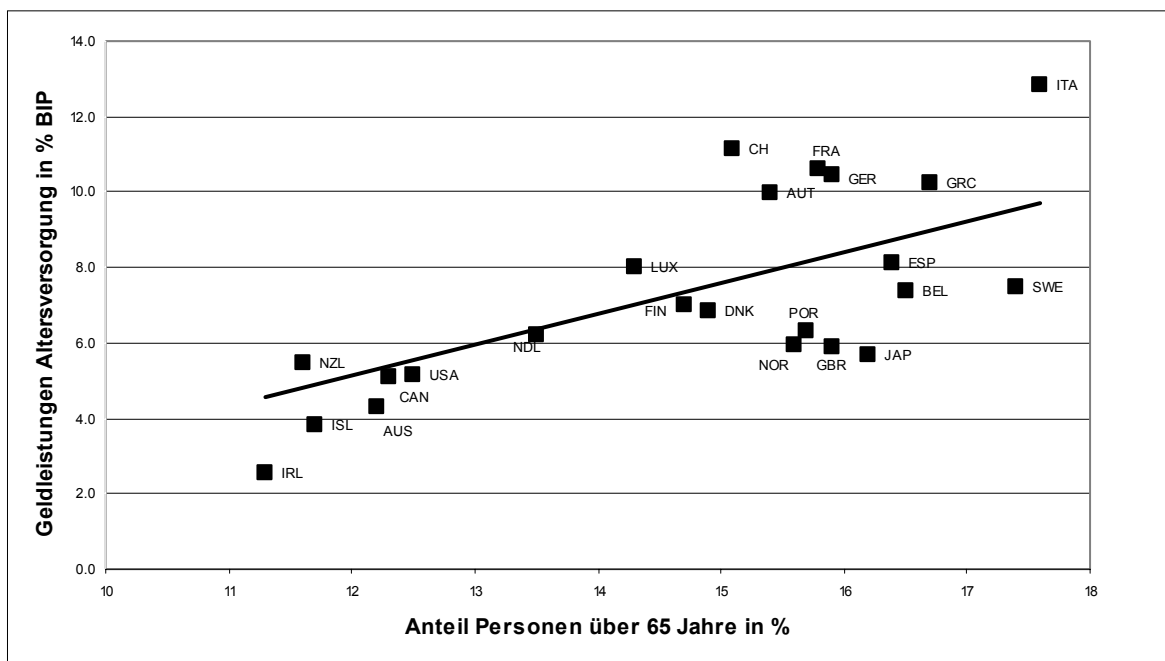
Abbildung 6: Wachstum der Bevölkerung über 65 Jahren in % Gesamtbevölkerung (1990-2000)



Quelle: OECD Health Database

Ein Vergleich der Ausgaben der Alterssicherung und des Anteils von Personen über 65 Jahren ergibt, dass die Schweiz überdurchschnittliche Ausgaben tätigt (Abb. 7). Nach Italien hat die Schweiz die zweithöchsten Ausgaben obwohl sie bezüglich der Anzahl Rentner nur im Mittelfeld liegt.

Abbildung 7: Geldleistungen an Rentner und Anteil Personen über 65 Jahren 1998



Quellen: Social Expenditure Database, OECD Health Database

Die Regressionsanalyse<sup>12</sup> deutet darauf hin, dass sich eine Einsparung von 3.59 % des BIP oder 13.64 Mrd. CHF ergeben würde, wenn die Rentenausgaben der Schweiz im Bereich des OECD-Durchschnittes lägen, das heisst auf der Geraden, gemessen an der gleichen Anzahl Bezüger, liegen würde.

Die steigende Lebenserwartung und die tiefe Geburtenrate führen unweigerlich zu einer alternden Bevölkerung in der Schweiz. Der internationale Vergleich der Altersentwicklung (Abb 6 + 7) widerlegt aber, dass die demographische Entwicklung der Schweiz für das im internationalen Vergleich hohe Ausgabenwachstum verantwortlich ist. In anderen Ländern wächst der Anteil der über 65-jährigen stärker als in der Schweiz, aber das Ausgabenwachstum ist viel kleiner.

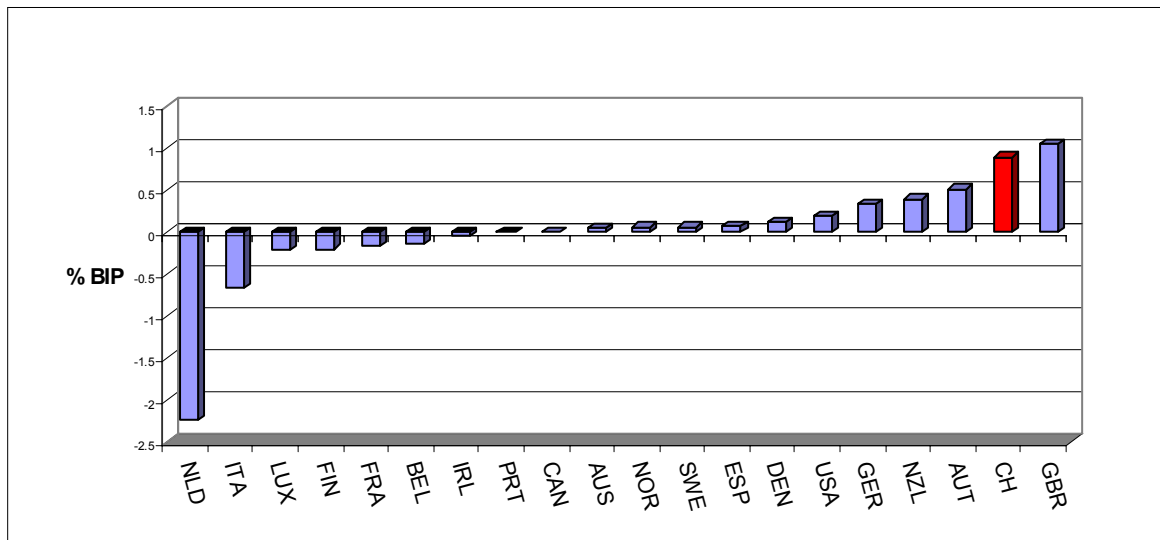
Die nach dem Umlageverfahren finanzierte AHV wird zwangsläufig mit steigenden Kosten konfrontiert werden. Eine Revision der AHV gestaltet sich jedoch politisch schwierig. So wurde am 16. Mai 2004 die 11. AHV-Revision von Volk und Ständen deutlich abgelehnt.

- **Invalidenversicherungsausgaben (IV)**

Im Jahre 2002 betragen die Kosten der IV knapp 10 Mrd. CHF. Auch in diesem Bereich ist das Schweizer Ausgabenwachstum bedenklich (Abb. 8). Zwischen 1990 und 1998 haben sich die IV-Ausgaben in Prozent des BIP fast verdoppelt. Hält das Ausgabenwachstum weiter an, so wird die Schweiz in nächster Zukunft im OECD-Vergleich die höchsten Ausgaben in diesem Teilbereich der Sozialen Wohlfahrt tätigen.

<sup>12</sup> Steigung signifikant: Wahrscheinlichkeit eines  $\alpha$ -Fehlers < 1 %.

Abbildung 8: Ausgabenwachstum IV in Prozentpunkte BIP 1990-1998

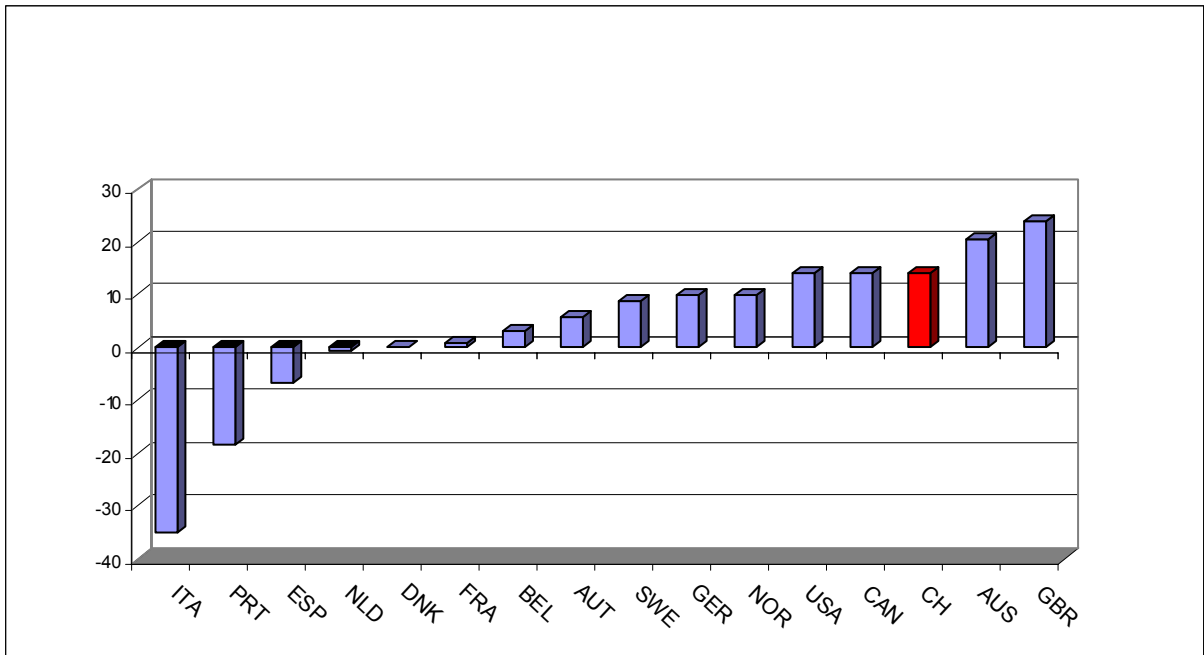


Quelle: OECD Social Expenditure Database

Für das starke Ansteigen der schweizerischen Ausgaben sind zwei Faktoren von Relevanz. Je älter eine Person ist, desto anfälliger ist sie für gesundheitliche Erkrankungen. Die steigende Lebenserwartung führt deshalb zu einer höheren Anzahl von IV-Rentnern. Des Weiteren steigt die Zahl der psychisch Erkrankten stark an. Diese sind im Durchschnitt jünger als die gesundheitlich Erkrankten. Im internationalen Vergleich hat die Schweiz (noch) einen durchschnittlichen Anteil an IV-RentnerInnen, aber „die Zunahme erfolgt schneller und die NeurentnerInnen sind eher jünger“<sup>13</sup>. Diese Zunahme der Jüngeren fällt auf der Kostenseite besonders ins Gewicht, da diese länger in der IV verbleiben.

Die im internationalen Vergleich hohe Zunahme an IV-Bezügern (Abb. 9) erklärt zumindest teilweise das Ausgabenwachstum der IV-Ausgaben. Da jedoch die IV-Renten im internationalen Vergleich hoch sind, könnte dies zur steigenden Anzahl IV-Rentner beitragen.

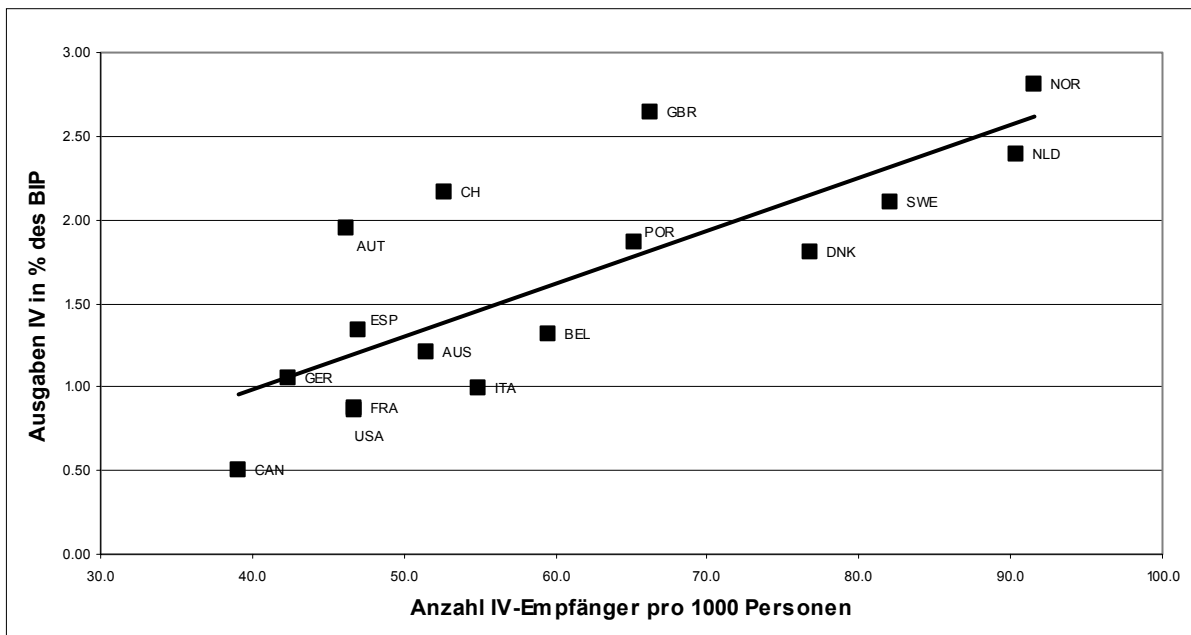
Abbildung 9: Wachstum an IV-Bezüglern pro 1000 Einwohner (1990-2000)



Quelle: OECD Social Expenditure Database

Vergleicht man die Ausgaben für die IV mit der Anzahl Rentner, wird deutlich, dass die schweizerischen Ausgaben sehr hoch sind (Abb. 10).

Abbildung 10: Vergleich IV Ausgaben und Anzahl IV-Empfänger 1998



Quelle: OECD Social Expenditure Database

Die Regressionsanalyse<sup>14</sup> deutet darauf hin, dass *0.775 % des BIP oder 2.940 Mrd. CHF* „gespart“ werden könnten, wenn die Schweiz im OECD-Durchschnitt IV-Ausgaben tätigen würde.

Im Gegensatz zur Analyse der AHV-Ausgaben, wo die Zahl der Rentner gegeben ist, ist die Anzahl der IV-Empfänger durch verschiedene Massnahmen veränderbar. Die Variablen (Anzahl IV-Empfänger und Ausgaben IV) beeinflussen sich gegenseitig.

Die IV - die mit 4.5 Mrd. CHF verschuldet ist<sup>15</sup> (2002) - sollte durch die Mehrwertsteuer saniert werden. Dazu wurden vom Parlament zusätzliche 0.8 Mehrwertsteuerprozent für die IV bewilligt. Diese Vorlage wurde jedoch von Volk und Ständen am 16. Mai 2004 deutlich abgelehnt.

Die Kosten für die IV werden aufgrund der Zunahme der Rentner weiter steigen. Der Grossteil dieser neuen Rentenbezüger leidet unter einer psychischen Krankheit. Die Wiedereingliederung von psychisch Kranken liegt mit einer Quote von 58 % weit unter der Quote bei Unfällen (83%) oder bei anderen Krankheiten (71%)<sup>16</sup>.

Den steigenden Ausgaben mit steigenden Einnahmen zu begegnen ist kein Mittel die Kosten unter Kontrolle zu bekommen. Weitere Untersuchungen wären nötig über die Ursachen der steigenden Anzahl Behinderten und über entsprechende Gegenmassnahmen. So sind z.B. die kantonalen Unterschiede der Anzahl IV-Bezüger erheblich und diese lassen sich nur zum Teil mit der unterschiedlichen Wirtschafts- und Bevölkerungsstruktur erklären<sup>17</sup>. Nicht nur der Anstieg neuer Rentnerbezüger muss gestoppt werden, sondern auch die Wiedereingliederungsmassnahmen müssen verbessert werden.

### 3.2 Gesundheitsausgaben

Die Gesundheitsausgaben stellen nach den Bildungs- und Sozialversicherungsausgaben den drittgrössten Ausgabenbereich der schweizerischen öffentlichen Ausgaben dar. Fast 13% der Staatsausgaben flossen im Jahre 2000 in das Gesundheitswesen. Im internationalen Vergleich gibt nur die USA mehr für die Gesundheit aus.

Während der 90er Jahre ist der Anteil der Gesundheitskosten am BIP in keinem anderen OECD-Land so stark gewachsen wie in der Schweiz (Abb. 11<sup>18</sup>). Nun stellt sich die Frage, ob diese Ausgabensteigerungen wirklich zu einer Verbesserung der Gesundheit geführt haben.

---

<sup>14</sup> Steigung signifikant: Wahrscheinlichkeit eines  $\alpha$ -Fehlers < 1 %

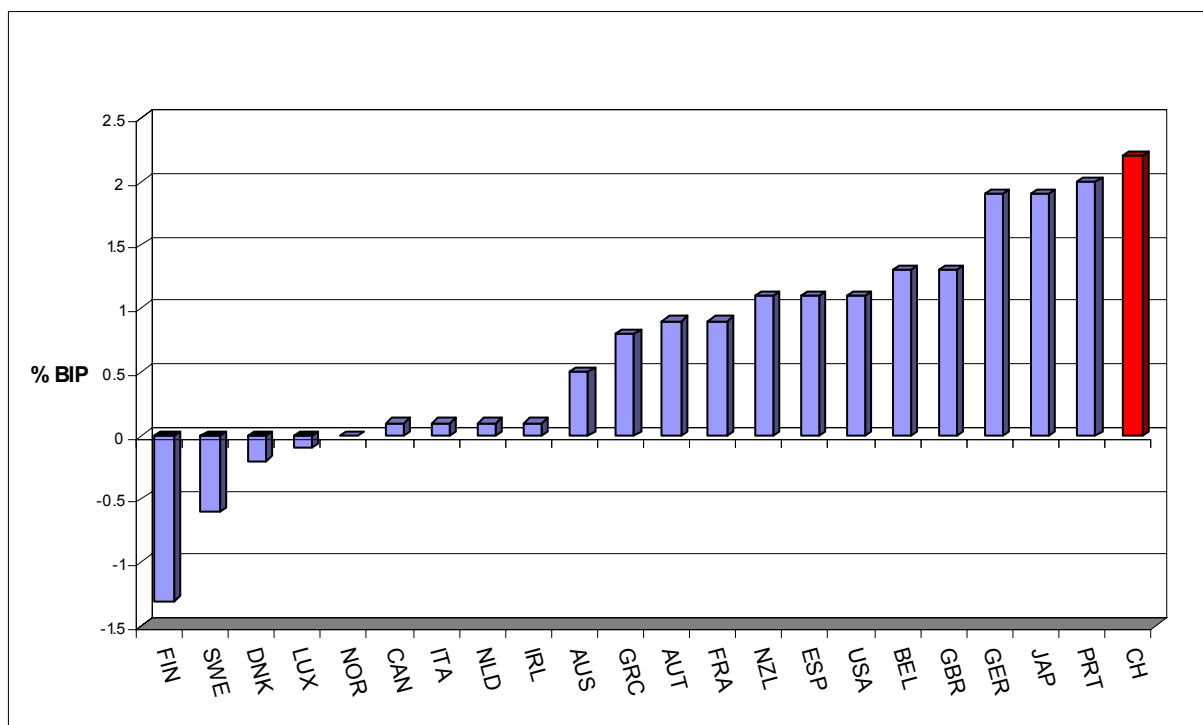
<sup>15</sup> EDI (2003)

<sup>16</sup> EDI, S. 4-5

<sup>17</sup> Z.b. Basel Stadt 9%, Nidwalden 3% (EDI, S. 5)

<sup>18</sup> Wiederum alle Ausgaben des Gesundheitssystems, nicht mit den Ausgaben der Staatsquote vergleichbar.

Abbildung 11: Veränderung Gesundheitskosten % BIP 1990-2000



Quelle: OECD Health data 2002

Gesundheitssysteme international zu vergleichen, ist ein schwieriges Unterfangen. Einerseits sind die Einflussfaktoren vielfältig und von Land zu Land verschieden, aber auch der Output „Gesundheit“ ist nicht exakt definierbar.

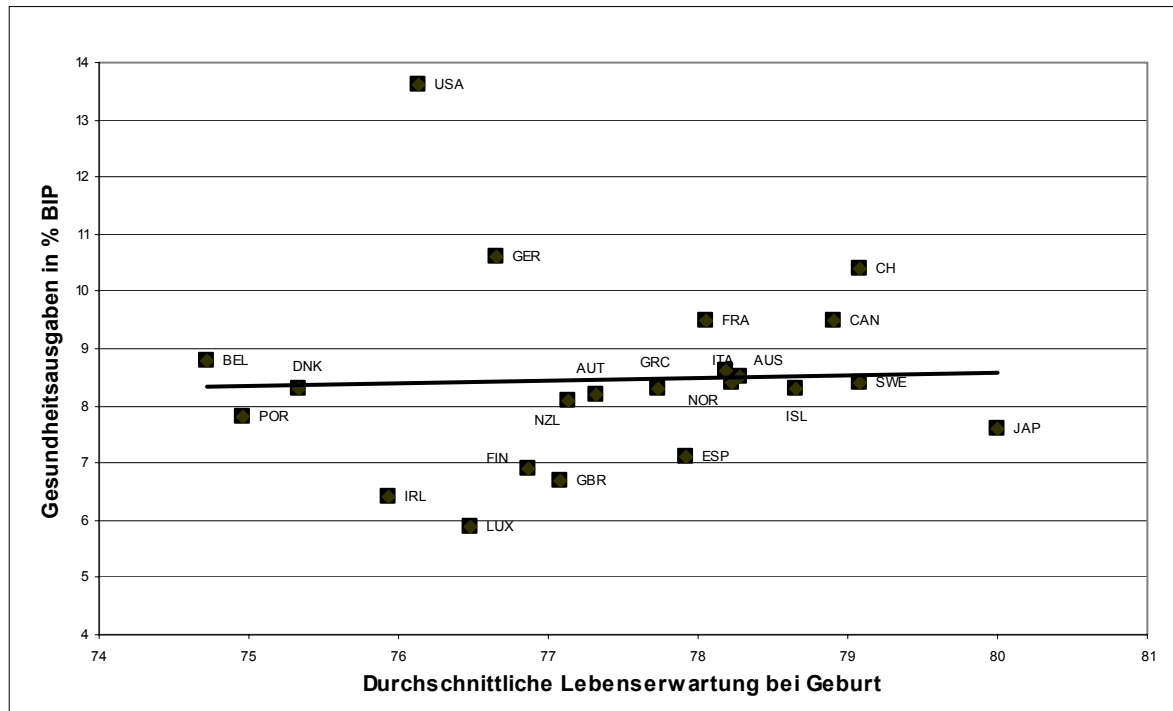
Aufgrund der drastisch gestiegenen Gesundheitskosten, stehen die Gesundheitssysteme in den meisten Industrienationen zur Diskussion. Dies führt auch zu einer steigenden Zahl von erfassten statistischen Gesundheitsindikatoren. Inzwischen existiert eine grosse Anzahl empirischer Untersuchungen, mit einer ebenso grossen Zahl an verschiedenen Resultaten<sup>19</sup>. In diesen Analysen werden z.B. der Altersabhängigkeitsquotient, Faktoren des Lebensstils, Bildung, sozioökonomische Faktoren (Ausbildung und Einkommen) und die Gesundheitsausgaben auf ihren Einfluss auf die „Gesundheit“ untersucht.

Die Untersuchung in dieser Studie zwischen den Gesundheitsausgaben und der Lebenserwartung lässt darauf schliessen, dass kein Zusammenhang zwischen den beiden Variablen existiert (Abb. 12)<sup>20</sup>.

<sup>19</sup> WENTE UND VAUTH, (2003) besprechen die Ansätze von Benchmarking-Vergleichen von Gesundheitssystemen. SCHARMISTHA UND GRABOWSKI (2003) geben eine Übersicht über die für die Gesundheit relevanten Faktoren.

<sup>20</sup> Die Steigung ist zwar negativ, aber statistisch nicht signifikant.

Abbildung 12: Die Beziehung zwischen Gesundheitsausgaben und Lebenserwartung 1998



Quelle: OECD Heath Database

Mit Disability adjusted life expectancy (DALE) als Outputindikator der Gesundheitsausgaben, welcher von der WHO erhoben wird, lässt sich ebenfalls kein Zusammenhang zwischen den Gesundheitsausgaben und der Gesundheit aufzeigen (Abb. 13)<sup>21</sup>. DALE hat (gegenüber der Lebenserwartung) den Vorteil, dass neben der Quantität auch die Qualität des Lebens in Betracht gezogen wird. Mit anderen Worten misst DALE die erwartete Anzahl an beschwerdefreien Lebensjahren.

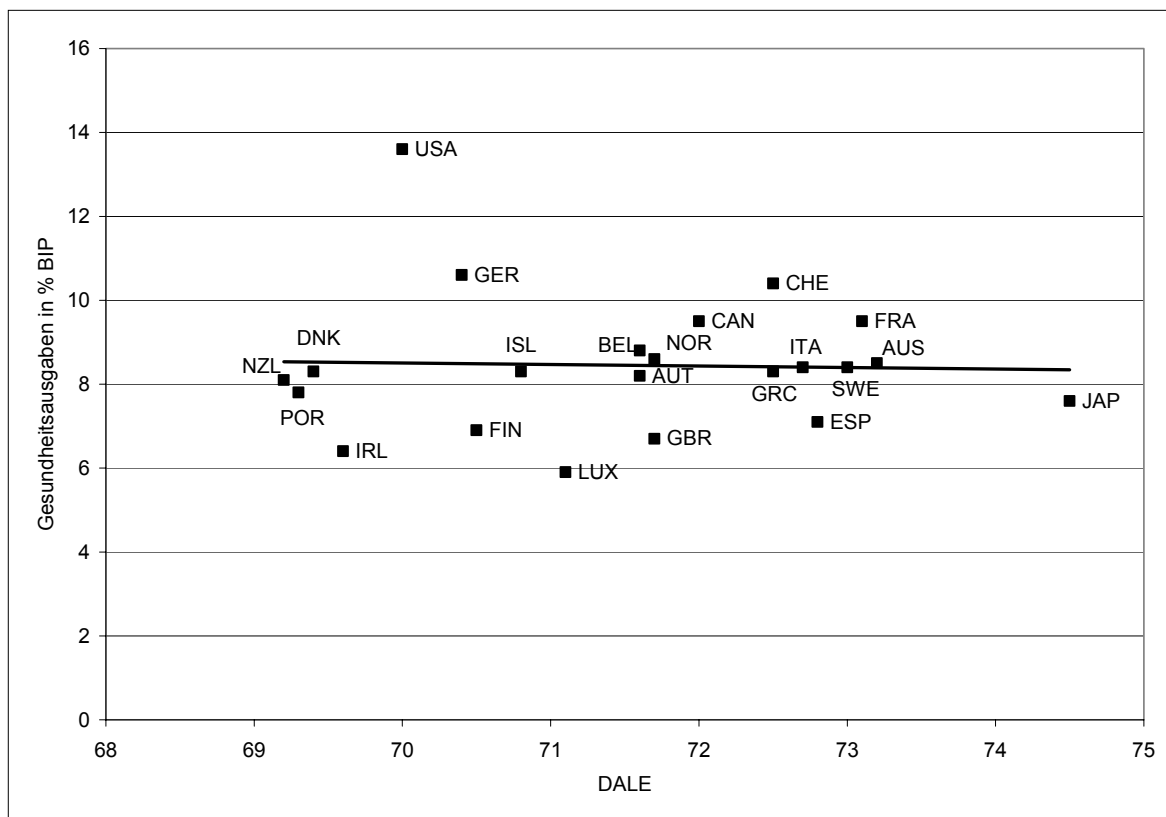
Dies stimmt mit der Literatur überein. In den Industrienationen scheint die Höhe der Gesundheitsausgaben keinen Einfluss auf die „Gesundheit“ zu haben<sup>22</sup>.

<sup>21</sup> Die Steigung ist zwar negativ, aber statistisch nicht signifikant.

<sup>22</sup> Vgl. Z.B., SELF., GRABOWSKI, (2003)



Abbildung 13: Die Beziehung zwischen Gesundheitsausgaben und DALE (1997)



Quelle: WHO (2000), OECD-Health Database

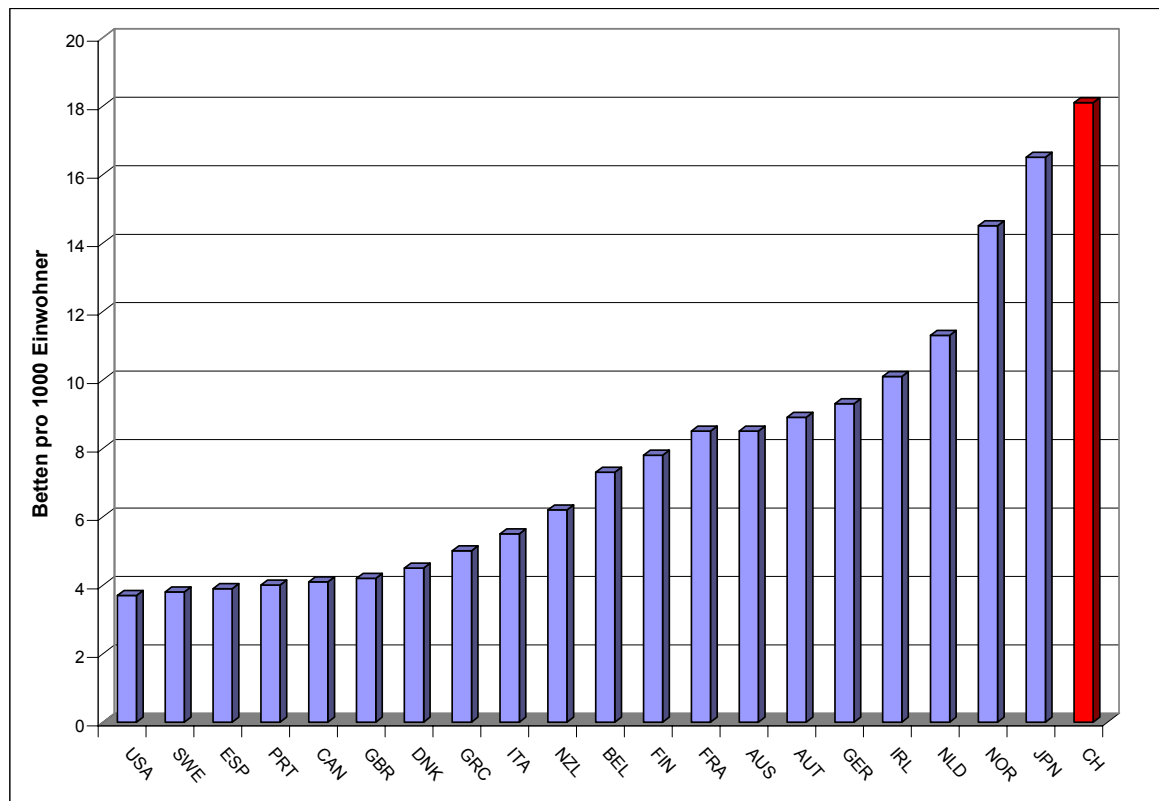
Abbildung 12 verdeutlicht, dass die Schweiz hinter der USA und knapp vor Deutschland das zweitteuerste Gesundheitssystem aufweist. Die hohe Lebenserwartung ist zwar erfreulich, doch wird dies auch von anderen Ländern mit deutlich tieferen Ausgaben erreicht.

Während die Schweiz in der Abbildung 12 noch durch eine der höchsten Lebenserwartungen auffällt, ist sie in der Abbildung 13 bezüglich der Qualität der Gesundheit nur noch im Mittelfeld zu finden. Argumentationen, die die hohe Lebenserwartung der Schweiz in den Mittelpunkt rücken, sollten deshalb mit Vorsicht interpretiert werden.

Anzeichen, dass die Schweiz verschwenderisch mit ihren Gesundheitsausgaben umgeht, gibt es viele. Als Beispiel soll hier die schweizerische Krankenhaussituation dienen. So führt die Schweiz die Liste der OECD-Länder bezüglich der Krankenhausbetten an (Abb. 14), liegt bei den Notfallbetten an 5. Stelle, und die durchschnittliche Schweizer Aufenthaltsdauer in Krankenhäusern ist in der OECD unerreicht. Ein durchschnittlicher Krankenhaus-Aufenthalt dauert in der Schweiz 11.4 Tage, während der OECD Durchschnitt bei 6.5 Tagen liegt. Weshalb die Schweiz 3-mal mehr Beschäftigte pro Kopf in Krankenhäusern aufweist als die anderen OECD Länder, ist ebenfalls nur schwierig zu erklären<sup>23</sup>.

<sup>23</sup> OECD: HEALTH AT A GLANCE

Abbildung 14: Anzahl stationäre Spitalbetten pro 1000 Einwohner (späte 90er Jahre)



Quelle: OECD: Health at a Glance

Aus ökonomischer Sicht bestehen mehrere Gründe für ein ineffizientes Gesundheitswesen. Im Markt für Gesundheitsleistungen herrscht das Problem der falschen Anreize (vgl. Sommer (1999)). Die Patienten bestimmen die Nachfrage nach medizinischen Leistungen selbst. Sie müssen nicht oder nur teilweise für die Kosten aufkommen. Dies führt zu einer zu grossen Nachfrage nach Leistungen, mit entsprechenden Auswirkungen auf die Kosten. Ähnlich bestimmen die Ärzte welche Leistungen den Patienten zukommen. Dies führt zu einer überhöhten Leistungsbeanspruchung. Neue Sparmodelle wie Health Maintenance Organisations oder hohe Selbstbehalte werden durch künstlich tiefe Rabatte behindert.

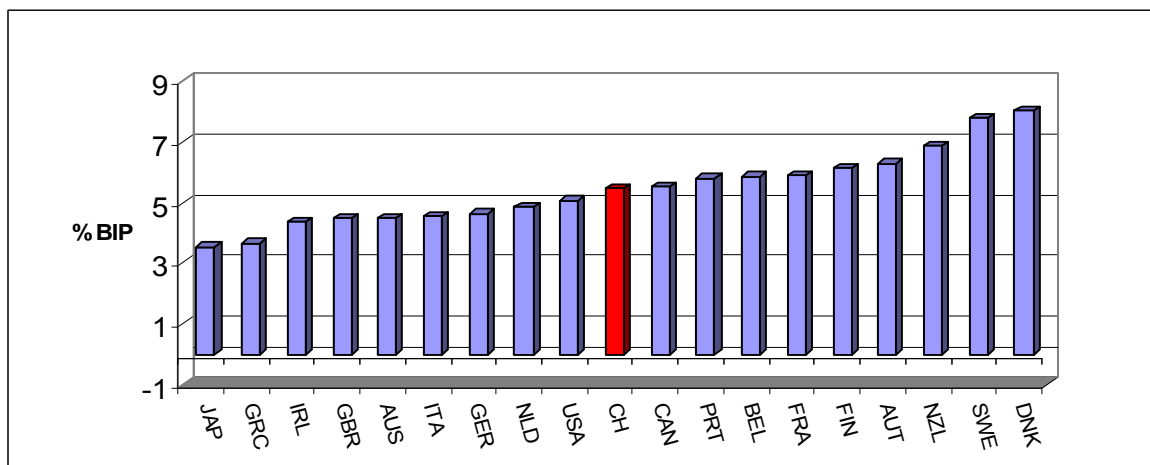
Obwohl die Lebenserwartung in der Schweiz zu den höchsten der Welt zählt, deuten viele Anzeichen auf ein aufgeblähtes Gesundheitssystem hin. Statistisch spricht ab einem bestimmten Einkommensniveau nichts mehr dafür, dass höhere Gesundheitsausgaben zu einer besseren Gesundheit führen. Deshalb ist das sehr hohe schweizerische Ausgabenniveau bedenklich. Kritisch ist zudem das Wachstum der Ausgaben. Für die Lösung dieser Problematik ist erschwerend, dass gesundheitspolitische Reformvorlagen mit die höchsten Ablehnungsraten aller Abstimmungen haben (vgl. VATTER 2002).

### 3.3 Bildungsausgaben

Die Bildungsausgaben von Bund, Kantonen und Gemeinden betragen im Jahre 2000 fast 23 Mrd. CHF, oder 18.5 % der gesamten staatlichen Ausgaben. Den Bildungsausgaben wird ein positiver Einfluss auf das Wirtschaftswachstum zugewiesen. Der Kerngedanke dabei ist, dass durch höhere Bildung die Produktivität und Innovationsfähigkeit der Bevölkerung steigt und somit mehr Output generiert werden kann. Das Schweizer Bildungswesen ist international hoch anerkannt. Die Ergebnisse der PISA-Studie enthielten jedoch

einige Überraschungen<sup>24</sup>. Die nach der Publikation der PISA-Ergebnisse entfachte Diskussion hat sich aber noch nicht in entsprechenden Reformen niedergeschlagen.

Abbildung 15: Bildungsausgaben % BIP 1999

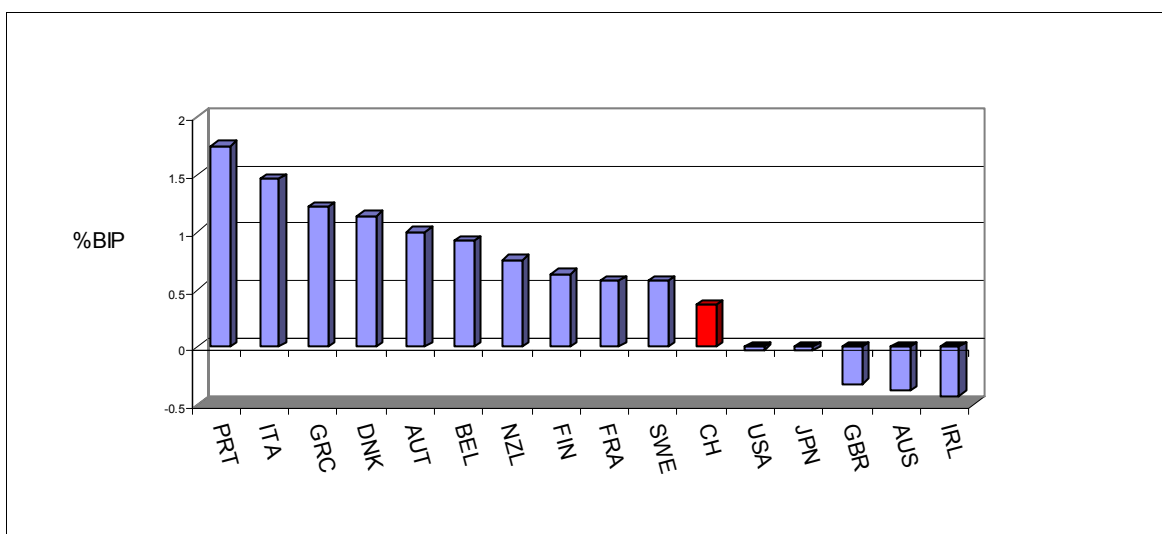


Quelle: edstats World Bank

Die Schweiz gibt im Vergleich zu anderen Ländern einen durchschnittlichen Anteil des BIP für Bildung aus (Abb. 15). Es stellt sich weiter die Frage, wie sich die Bildungsausgaben entwickelt haben und wie effizient die Bildungsausgaben verwendet werden.

Betrachtet man die Steigerung der Ausgaben über die 90er Jahre, so liegt die Schweiz im Vergleich mit der OECD nur an 13. Stelle (Abb. 16).

Abbildung 16: Veränderung Bildungsausgaben in Prozentpunkte BIP 1990-1999



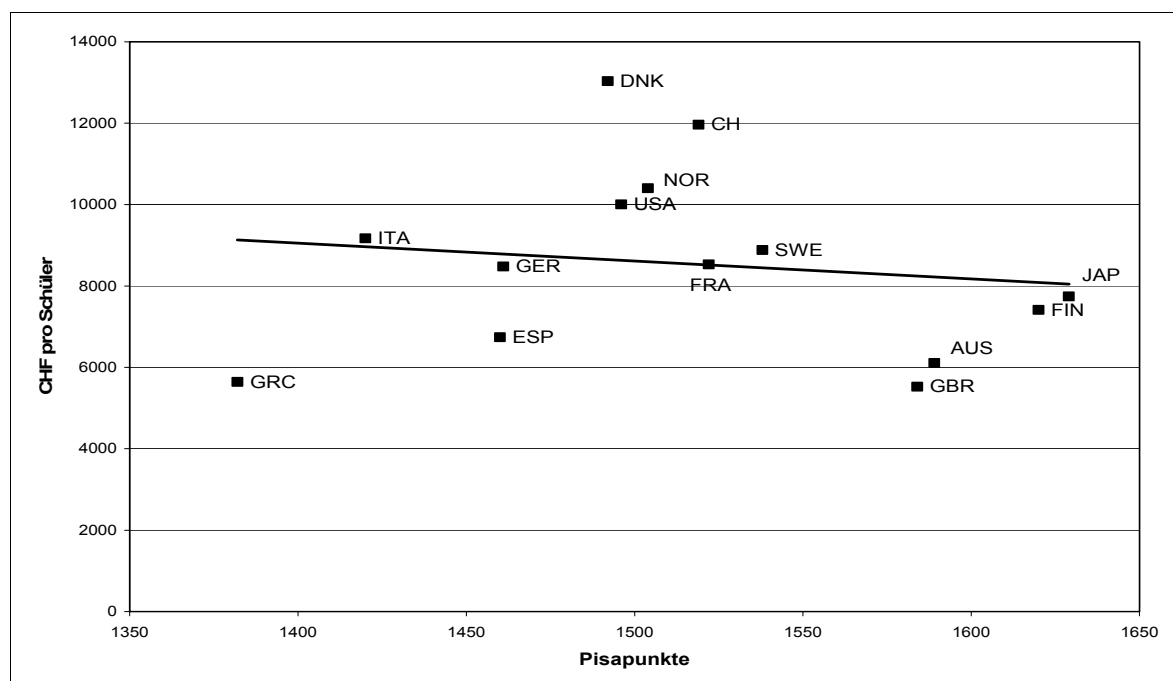
Quelle: edstats Worldbank

<sup>24</sup> Zum Beispiel gehören die Schweizer 15-jährigen Schüler nur in Mathematik zu den Weltbesten. In den Fächern Naturwissenschaften und Lesefähigkeit schnitten die Schüler unter den Erwartungen ab.

Die Höhe der Bildungsausgaben gibt jedoch noch keinen Aufschluss über die Qualität der Bildung. Schon seit den 60er Jahren werden regelmässig internationale Studien in den Bereichen Mathematik, Lese- und Schreibfähigkeit und Naturwissenschaften durchgeführt und damit die Schulleistungen international verglichen. Die Studien selbst geben jedoch nur begrenzt Aufschluss, welche Faktoren für die „Produktivität“ von Bildungssystemen verantwortlich sind<sup>25</sup>. Auch die empirische Bildungsforschung kommt zu keinen endgültigen Schlussfolgerungen über die Zusammenhänge des Bildungswesens.

In dieser Arbeit wird der Zusammenhang zwischen den Bildungsausgaben und den in der PISA-Studie erzielten Punkte untersucht (Abb. 17). Die Anzahl Punkte der drei Disziplinen<sup>26</sup> werden für jedes Land summiert. Da die Prüflinge der Pisa-Studie fünfzehn Jahre alt waren, werden in der Untersuchung die Bildungsausgaben der Primar- und Sekundarstufe verwendet.

Abbildung 17: Ausgaben pro Schüler (Primar- und Sekundarstufe) versus PISA-Punkte 1999



Quellen: OECD health database, edstats database, PISA-Studie

Wie bei den Gesundheitsausgaben ist kein Zusammenhang zwischen den Variablen erkennbar<sup>27</sup>. Innerhalb dieser homogenen Ländergruppe scheinen die Schulausgaben deshalb keinen Einfluss auf die Schulleistungen auszuüben. Besteht kein Zusammenhang, so ist die Frage berechtigt, wieso die Schweiz über die weltweit zweithöchsten Ausgaben auf der Primar- und Sekundarstufe verfügt. Länder mit tieferen Ausgaben erreichen zum Teil deutlich bessere Resultate.

Durch den positiven Einfluss der Bildungsausgaben auf das Wirtschaftswachstum muss die Schweiz ein höheres Leistungsniveau der Schüler anstreben. Gemäss OECD ist Humankapitalwachstum einer der wichtigsten Einflussgrössen des Wirtschaftswachstums (vgl. OECD Education at a glance). In der durch die Pisa-Studie ausgelöste Diskussion stehen folgende Reformen im Vordergrund:

<sup>25</sup> ARBEITSGRUPPE „internationale Vergleichstudie“, 2003 S. 9

<sup>26</sup> Mathematik, Lesefähigkeit und Naturwissenschaften

<sup>27</sup> Die Steigung ist zwar negativ, aber statistisch nicht signifikant.

Früherer Kindergarteneintritt und Einschulung, konsequente Anwendung von Hochdeutsch und bessere und frühere Integration von Fremdsprachigen.

Ebenfalls verbessert werden müssten die Strukturen und Zuständigkeiten des schweizerischen Bildungswesens. Diese sind kompliziert und von Kanton zu Kanton verschieden.

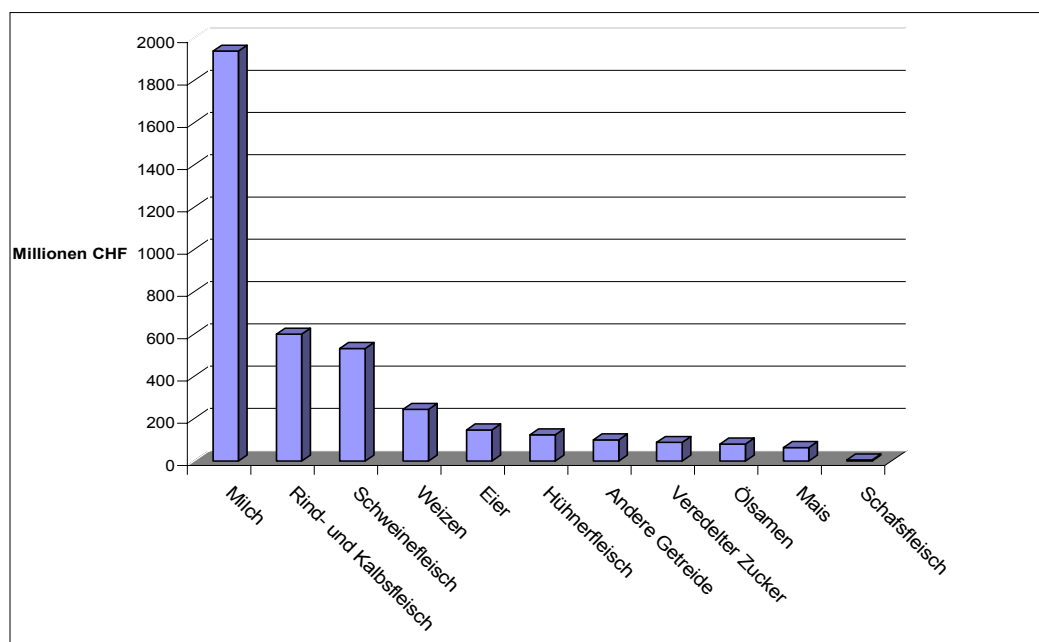
### 3.4 Landwirtschaft

In diesem Kapitel soll der Unterschied in der Protektion der Landwirtschaft zwischen der EU und der Schweiz dargestellt und kurz auf ihre Auswirkungen eingegangen werden. Für diese Analyse ist der Begriff des PSE nützlich.

„Das Producer Support Estimate (PSE) misst die durch die Protektion ausgelöste Umverteilung an die inländischen Produzenten und gibt produktspezifisch die Zahlungen an, die nötig wären, um die Produzenten für den Einkommensausfall zu entschädigen, der bei einem Wegfall aller inländischen protektionistischen Massnahmen entstehen würden“<sup>28</sup>.

Das PSE schliesst also alle Zölle, Direktzahlungen, Mindestpreise etc. in die Berechnung mit ein. Mithilfe des PSE lässt sich die Unterstützung der Bauern in der EU und der Schweiz pro Tonne produktspezifisch berechnen. Die Differenz kann mit der Produktionsmenge Schweiz multipliziert werden, um die „Mehreinnahmen“ der Schweizer Bauern zu eruieren (Abb. 18).

Abbildung 18: Auswirkungen der unterschiedlichen Protektion in der EU und der Schweiz (2000)



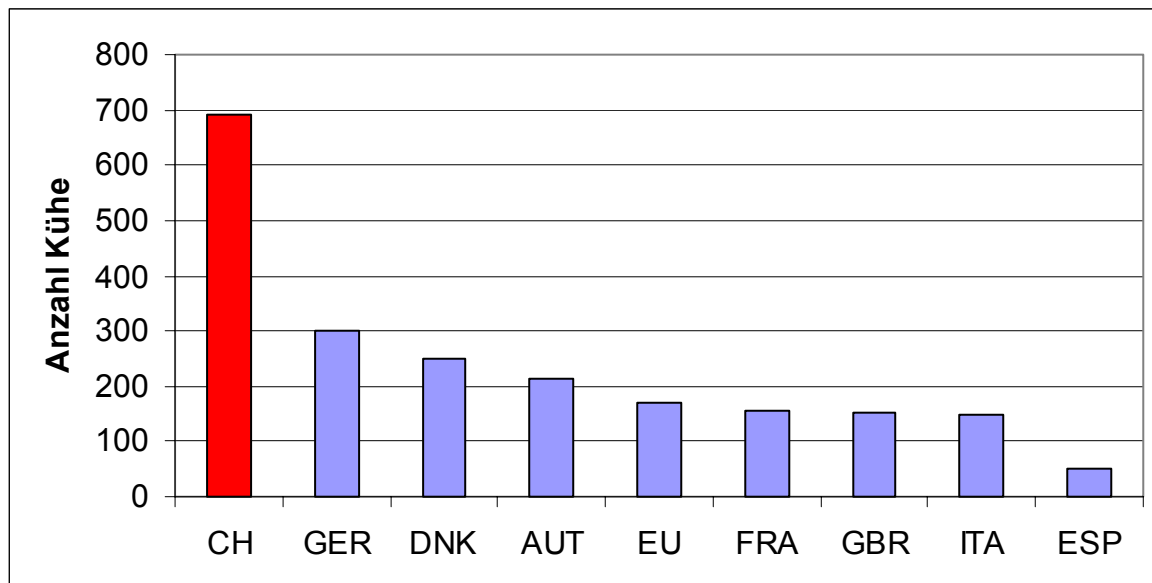
Quelle: OECD Database: Agriculture and Food

Die Summe, die den Schweizer Landwirten durch Subventionen, Direktzahlungen und Zölle zugute kommt, beläuft sich auf etwa 6 Mrd. CHF. Gesamthaft betragen die „Mehrzahlungen“ im Vergleich zur EU im Jahre 2000 3.93 Mrd. CHF (Abb. 18). Fast 50 % dieses Betrages fliesst in das Produkt Milch.

<sup>28</sup> CHRISTEN, (1990, S. 10)

Die Folgen dieser aussergewöhnlich hohen Protektion der Milch sind klar ersichtlich. Ein internationaler Vergleich zeigt, dass die Schweiz pro Landwirtschaftsfläche über 3mal mehr Kühe aufweist als die EU (Abb. 19). Berechnet man die Produktionsmenge pro Einwohner, so gibt es nur ein landwirtschaftliches Produkt, das in der Schweiz mehr pro Kopf produziert wird als in der EU – die Milch.

Abbildung 19: Anzahl Kühe pro 1000 ha Landwirtschaftsfläche 1997



Quelle: Statistisches Lexikon der Schweiz

Die Landwirtschaft produziert etwa 1.5 % des BIP und beschäftigt weniger als 3 % der arbeitenden Bevölkerung. Trotz der tiefen Produktivität und Rentabilität dieses Sektors wird er weiterhin subventioniert. Obwohl die Missstände offensichtlich sind, scheinen die Bauernverbände auch weiterhin ihre „Anliegen“ durchsetzen zu können. Für die Jahre 2004-2007 wurden der Landwirtschaft Bundeshilfen in der Höhe von 14 Mrd. CHF gesprochen. Dies sind 63 Mill. CHF mehr als in der Vorperiode<sup>29</sup>.

Einige Effizienzverbesserungen wurden in der Landwirtschaft erreicht. So wurden z.B Preisstützungen abgebaut und Direktzahlungen aufgebaut. Die Reformen sind jedoch ungenügend und ein Ende des „Sonderstatus Landwirtschaft“ ist noch nicht in Sichtweite gerückt.

## 4 Schlussfolgerungen

Von den untersuchten Bereichen schnitten die AHV, die IV und die Landwirtschaft sehr schlecht ab. Der Schweizer Sozialstaat ist im internationalen Vergleich sehr grosszügig und setzt damit die falschen Anreize. Die Landwirtschaft als starke Interessengruppe kann sich seit Jahren erfolgreich gegen einen Abbau der staatlichen Unterstützung wehren.

In den Bereichen Gesundheit und Bildung konnte statistisch kein befriedigendes Ergebnis gefunden werden. Trotzdem existieren auch in diesen Bereichen Anzeichen, die auf Ineffizienzen hinweisen.

Nachdenklich stimmt, dass die Wachstumsentwicklung *aller* Bereiche seit 1990 fast gegensätzlich zu den anderen OECD-Staaten verläuft. Diesem Ausgabenwachstum wird auf politischer Ebene durch Reformversuche begegnet, welche sich politisch entweder nicht durchsetzen lassen, oder aber durch typisch schweizerische Kompromisse gar keine Reformen im eigentlichen Sinne mehr darstellen. Sei es der Status Quo Bias, zu starke Interessengruppen oder tiefergründende Ursachen wie Direkte Demokratie und Föderalismus, die Schweiz ist kaum reformfähig. Die Folge ist, dass die Reformen zur Eindämmung der Staatsquote und der effizienteren Nutzung der vorhandenen Mittel im OECD-Vergleich nur schleppend voran kommen.

Unter dem Gesichtspunkt des negativen Einflusses der Grösse der Staatsquote auf das Wirtschaftswachstum wiegt die Entwicklung des letzten Jahrzehntes umso schwerer. Ein Stoppen des Ausgabenwachstums des Schweizer Staates oder eine effizientere Nutzung der Mittel könnte deshalb ihren Teil dazu beitragen, die Wachstumsschwäche der Schweiz zu überwinden. Dazu sind tiefgreifende Reformen notwendig, welche sich im derzeitigen politischen Klima aber nicht abzeichnen.

## Anhang: Effizienzvergleich Netzwerksektoren

Ehemals als natürliche Monopole geltende Netzwerksektoren (Post, Bahn, Elektrizität und Telekommunikation) werden in vielen Ländern liberalisiert, um stärkeren Wettbewerb und höhere Effizienz zu fördern. In der Schweiz tut man sich mit der Liberalisierung bisher schwer. Erst der Telekommunikationsmarkt erfuhr eine deutliche Öffnung. Die restlichen Bereiche sind in Staatsbesitz oder werden durch den Staat weitgehend geschützt. Diese wettbewerbsfeindliche Regulierung im Vergleich zu den meisten OECD-Ländern ist ein Grund, diese Sektoren zu untersuchen. Dafür werden, wo möglich die Preisunterschiede der Studie „Erfolgsfaktoren einer Marktöffnung in Netzwerksektoren“, welche vom SECO veröffentlicht wurde, verwendet. Bei der Post soll eine einfache Rechnung mit den Personalkosten einen europäischen Vergleich ermöglichen.

### Elektrizität

Im Vorfeld der Abstimmung zum Neuen Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) konnten insbesondere Industriekunden in der Schweiz von sinkenden Strompreisen profitieren. Nach der Ablehnung der Strommarktliberalisierung an der Urne im September 2002 erhöhten sich die Preise wieder und die Preisunterschiede zu anderen europäischen Ländern nahmen wieder zu<sup>30</sup>.

Im Jahre 2001 lagen die Industriepreise kaufkraftbereinigt 45% (nicht kaufkraftbereinigt 70%) über dem betrachteten Länderdurchschnitt, während die Haushaltspreise 10% (nicht kaufkraftbereinigt zw. 20 und 30%) teurer waren<sup>31</sup>. Bis die Elektrizitätsmärkte in der EU liberalisiert wurden, lagen die schweizerischen Haushaltspreise sogar im EU-Durchschnitt<sup>32</sup>. Die Untersuchung der Preisunterschiede führt zu folgenden Ergebnissen (Tab. A1):

Tabelle A1: Preisvergleich Elektrizität

	Differenz Elektrizität Durchschnittspreis Kaufkraftbereinigt	Verbrauch MKWH <sup>33</sup> 2002	Preis RP/KWH <sup>34</sup>	Einsparung Millionen CHF
Industrie	45 %	17721	14.5	1156
Haushalte	10%	16110	20	322
			<i>Total</i>	<i>1478</i>

Quelle: Vaterlaus et al. (2003)

Elektrizität ist ein handelbares Gut. Einzig Transportverluste sollten Preisunterschiede zwischen Ländern verursachen. Aus diesem Grunde sollten hier die nichtkaufkraftbereinigten Mehrkosten verwendet werden. Die „Mehrkosten“ würden in diesem Falle sogar 2443 Mrd. CHF betragen.

Kaufkraftbereinigt mussten Haushalte und Industrie im Jahre 2001 in der Schweiz *1.478 Mrd. CHF* mehr für Elektrizität ausgeben als der Durchschnitt der betrachteten Länder. Diese Mehrkosten hat sich die

<sup>30</sup> VATERLAUS ET AL. (2003), S. 110

<sup>31</sup> VATERLAUS ET AL. (2003), S. 110 und 111

<sup>32</sup> VATERLAUS ET AL. (2003), S. 110

<sup>33</sup> UVEK, Medienmitteilung, 16.4.2003

[http://www.uvek.admin.ch/gs\\_uvek/de/dokumentation/medienmitteilungen/artikel/20030416/01366/](http://www.uvek.admin.ch/gs_uvek/de/dokumentation/medienmitteilungen/artikel/20030416/01366/)

<sup>34</sup> BUNDESAMT FÜR ENERGIE: <http://www.energie-schweiz.ch/internet/00090/?lang=de>

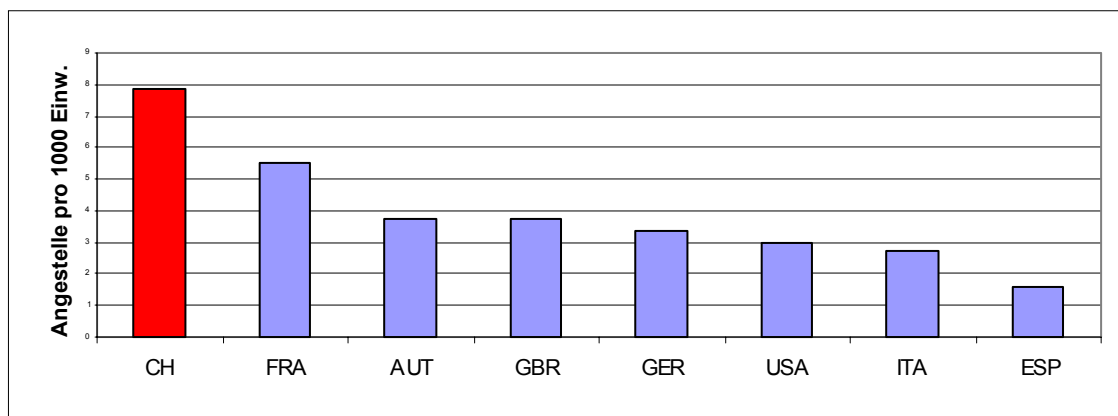


Schweizer Bevölkerung selbst zuzuschreiben. Nachdem sich eine Liberalisierung des schweizerischen Marktes abgezeichnet hat, sind insbesondere für Grossabnehmer die Strompreise massiv gefallen. Für die Zukunft wichtiger war, dass sich die Elektrizitätsunternehmen radikal veränderten. Sie führten neue Strukturen ein, um auf einem europäischen Markt bestehen zu können. Nach der Ablehnung an der Urne scheinen viele dieser positiven Ansätze ins Gegenteil zu kehren. Die Preise steigen für die Mehrzahl der Haushalte als auch für die Industrie wieder an und aufgrund der Reziprozitätsregel hat die Schweiz keine Rechte auf Netzzugang im äusserst attraktiven EU Markt. Neben diesen Nachteilen führen die hohen Industriepreise zu weiteren Schäden für die Wirtschaft, da Stromkosten einen wichtigen Kostenbestandteil von Unternehmen darstellen.

### POST

Auch die Post weist wie der Elektrizitätssektor einen Liberalisierungsrückstand auf. In der Schweiz wurde bisher lediglich der Paketbereich (ab 2 Kg.) dem Wettbewerb ausgesetzt. Da eine Vielzahl von Produkten existiert und in keinem Land standardisierte Produkte bestehen, sind Preisvergleiche zwischen Ländern schwierig<sup>35</sup>. In der Studie „ERFOLGSFAKTOREN EINER MARKTÖFFNUNG IN NETZWERKSEKTOREN“ (2003) wurden die Paketpreise nicht verglichen, da nur standardisierte Preise für Deutschland und die Schweiz existieren<sup>36</sup>. Aufgrund dieser Schwierigkeiten muss hier eine einfache Überschlagsrechnung einen Vergleich ermöglichen. Die Anzahl Postangestellte pro 1000 Einwohner soll hier als Proxy für die allgemeinen Kostenunterschiede zwischen Ländern dienen. Bei der Schweizer Post macht der Personalaufwand 57 % des Betriebsaufwandes aus<sup>37</sup>.

Abbildung A1: Postangestellte pro 1000 Einwohner 2001



Quelle: Eigene Berechnungen: Jahresberichte Postunternehmen, OECD Health Database

Die Schweiz weist pro 1000 Einwohner (Abb. A1) bei weitem am meisten Angestellte auf. Die Post hat einen Abbau von 3388 auf 2570 Poststellen bis 2008 angekündigt. Doch gegen jede Schliessung erhebt sich ein grosser Widerstand.

Im Jahre 2001 betrug der Personalaufwand der schweizerischen Post 3951 Mill. CHF<sup>38</sup>. Um die Mehraufwendungen der Schweiz zu bestimmen, wurde der Personalaufwand berechnet, den die Schweiz mit der gleichen Anzahl Angestellten pro 1000 Einwohner wie das Vergleichsland hätte. Diese einfache

<sup>35</sup> VATERLAUS ET AL. (2003): S. 92

<sup>36</sup> VATERLAUS ET AL., (2003) S. 92

<sup>37</sup> DIE POST (2003): S. 10

<sup>38</sup> DIE POST (2003): Finanzbericht 2002, S. 11

Rechnung führt zu folgendem Ergebnis. Hätte die Schweiz relativ gleich viele Angestellte wie das Land mit der zweithöchsten Anzahl Angestellten pro 1000 Einwohner (Frankreich), würde die Schweizer Post fast 1.2 Mrd. CHF einsparen.

Tabelle A2: Vergleich Personalkosten

	<i>Mehraufwendungen Personalkosten in Mill. CHF gegenüber:</i>
<i>Personalaufwand CH = 3951 Mill. CHF</i>	
Frankreich	1194
Österreich	2094
UK	2107
Deutschland	2292
USA	2492
Italien	2608

Quelle: Homepages der Postunternehmen

In der Schweiz wird diese Mehrzahl an Poststellen oft mit den spezifischen geographischen Gegebenheiten der Schweiz erklärt. Die Schweiz mag diesbezüglich einen Sonderfall darstellen, ein Vielfaches an Poststellen und Angestellten gegenüber anderen Ländern wird dadurch aber nicht gerechtfertigt. Die Aufgaben der Poststellen könnten auch durch Hauslieferdienste oder Agenturen übernommen werden. Diese Möglichkeiten werden gegenwärtig diskutiert, aber deren politische Umsetzung scheint fraglich.

### *Eisenbahnsektor*

Im Eisenbahnsektor wird der Personen- und Güterverkehr unterschieden. Die Güterverkehrserträge (pro Tonnenkilometer (Tkm)) liegen deutlich höher als der internationale Durchschnitt, während die Personenverkehrserträge (pro Personenkilometer (Pkm)) deutlich darunter liegen. Dies gilt auch für die kaufkraftbereinigten Erträge<sup>39</sup>. Die überraschend tiefen Personenerträge in der Schweiz lassen sich teilweise durch die starke Nutzung von Rabattsystemen (Halbtax, GA) erklären. Die Mehrkosten wurden berechnet, indem die Differenz der Preisniveaus mit der Anzahl in der Schweiz erbrachten Tkm und Pkm multipliziert wurden.

<sup>39</sup> VATERLAUS ET AL. (2003), S. 125

Tabelle A3: Preisvergleich Eisenbahn

	Differenz Preisniveau	Differenz Preisniveau PPP	CHF/Tkm CHF/Pkm 2000	Total Mill.Tkm Mill.Pkm 2000 <sup>40</sup>	Differenz Mill. CHF	Differenz Mill. CHF PPP
Güterverkehr	30 %	15 %	0.08	10786	258.864	129.432
Personenverkehr	-20 %	-35 %	0.10	12835	-256.7	-449.225
				Total	2.14	-319.8

Quelle: Vaterlaus et al. (2003)

Kaufkraftbereinigt ergibt sich eine „*Ersparnis*“ von 320 Mill. CHF (Tab. A4). Dabei muss aber zusätzlich beachtet werden, dass die Höhe der Subventionen nicht in die Berechnung aufgenommen wurden<sup>41</sup>. Dies könnte das Ergebnis deutlich verändern. Die gesamten Beiträge von Bund, Kantonen und Gemeinden beliefen sich im Jahre 2000 auf 3.3 Mrd. CHF<sup>42</sup>. Davon weist die SBB nur 1.295 Mrd. CHF in ihrer Finanzrechnung aus<sup>43</sup>. Aufgrund der fehlenden Subventionen sollte die Ersparnis von 320 Mill. CHF mit grosser Vorsicht interpretiert werden.

### *Telekommunikation*

Der Telekommunikationsmarkt ist der Netzwerksektor der Schweiz, der bisher am weitesten liberalisiert ist. Die Studie VATERLAUS ET AL (2003) ermittelt, dass die Preise in der Schweiz im Festnetz- und im Mobilbereich etwa 10-15 % (2001) über dem Länderdurchschnitt lagen<sup>44</sup>. Kaufkraftbereinigt liegen beide Bereiche knapp unter dem Länderdurchschnitt.

Da keine genauen Angaben über die Höhe der Preisunterschiede vorliegen, kann nur ausgesagt werden, dass die Schweiz ein wenig effizienter als der Länderdurchschnitt operiert. Die „*Ersparnis*“ dürfte klein ausfallen, da der Wettbewerb auch in den anderen Ländern in genügendem Masse funktioniert<sup>45</sup>.

### *Schlussfolgerung Netzwerksektoren*

Kaufkraftbereinigt schneidet die Schweiz beim Telekommunikationsmarkt durchschnittlich und bei der Post und im Elektrizitätssektor schlecht ab. Über den Eisenbahnsektor fehlen ausreichende Vergleichsmöglichkeiten, um sichere Aussagen machen zu können.

Im Telekommunikationsmarkt funktioniert der Wettbewerb (bis auf die letzte Meile), so dass die ähnlichen Preise nicht erstaunen. Eine ineffiziente Schweizer Post überrascht ebenfalls nicht. Mangelnder Wettbewerb im Briefbereich und starke politische Einflussnahme (Poststellen) verunmöglichen eine effiziente Unternehmensstruktur und -kultur. Miserabel schneidet der Elektrizitätssektor ab. Bedauerlich ist die Tatsache, dass die Strompreise im Vorfeld der EMG-Abstimmung zu sinken begonnen haben und seit der Ablehnung im Ländervergleich wieder gestiegen sind.

<sup>40</sup> SBB (2001), S. 7, 9

<sup>41</sup> VATERLAUS ET AL (2003), S.126

<sup>42</sup> EIDGENÖSSISCHE FINANZVERWALTUNG (2000), S. 8

<sup>43</sup> SBB (2001), S. 6

<sup>44</sup> VATERLAUS ET AL. (2003), S. 77, 78

<sup>45</sup> Zum selben Schluss kommt die Studie: DER SCHWEIZER TK-MARKT IM INTERNATIONALEN VERGLEICH (2003).

Nicht die exakte Höhe der Einsparung ist von Interesse, sondern ihre Grössenordnung. Besonders im Post- und Strommarkt ist das Ergebnis eindeutig. Nur durch schnelle Reformen in diesen Bereichen kann der Rückstand gegenüber anderen Ländern in Grenzen gehalten werden. Unternehmen operieren in den liberalisierten Märkten zusehends effizienter und bieten neue Produkte an. Je länger die Abschottung der Schweizer Industrien dauert, desto schwieriger werden sich die Schweizer Unternehmen später in einem geöffneten Markt durchsetzen können.

## Literaturverzeichnis

- AFONSO, A. SCHUKNECHT, L. (2003): Public Sector Efficiency: An International Comparison, European Central Bank, Working Paper No. 242, June 2003
- ARBEITSGRUPPE "INTERNATIONALE VERGLEICHSTUDIE" (2003): Vertiefender Vergleich der Schulsysteme ausgewählter PISA-Teilnehmerstaaten, vorgestellt am 4. Juli 2003 Berlin, <http://www.dipf.de/aktuelles/PISAVerglProjStudie-aktuell.pdf>
- BFS (2001): Die erste Gesamtrechnung der Sozialen Sicherheit in der Schweiz, März 2001, Bern
- BUNDESAMT FÜR ENERGIE: <http://www.energie-schweiz.ch/internet/00090/?lang=de>
- BUNDESAMT FÜR LANDWIRTSCHAFT (2003): Weiterentwicklung der Agrarpolitik, Agrarpolitik 2007, <http://www.admin.ch/ch/d/ff/2002/4883.pdf>
- Bundesbeschluss über die Finanzierung der AHV/IV durch Anhebung der Mehrwertsteuersätze, <http://www.admin.ch/ch/d/ff/2003/6589.pdf>
- CHARDONNENS, P. SAURER, P. (2002): Fiskal-Steuer- und Staatsquoten - eine Auslegeordnung, Die Volkswirtschaft 2-2002
- CHRISTEN, P. (1990): Das PSE / CSE zur Messung der Agrarproduktion, Verlag Rüegger
- DIE POST (2003): Finanzbericht 2002, [http://www.post.ch/Poste/Pdf/21\\_04\\_2003\\_14\\_18\\_37.pdf](http://www.post.ch/Poste/Pdf/21_04_2003_14_18_37.pdf)
- ECONOMIESUISSE (2002): Ausgabenkonzept, Juli 2002, Dielsdorf
- EDI (2003): Die Invalidenversicherung im Lichte der zunehmenden Invalidisierung, Mediengespräch, 26. Mai 2003 (St. Petersinsel), [http://www.bsv.admin.ch/aktuell/presse/petersinsel/d/DokIV\\_15-05\\_03.pdf](http://www.bsv.admin.ch/aktuell/presse/petersinsel/d/DokIV_15-05_03.pdf)
- EIDGENÖSSISCHE FINANZVERWALTUNG (2002): Öffentliche Finanzen 2000, Bern
- ELIXMANN, D., SCHWAB, R. (2003): Der Schweizer TK-Markt im internationalen Vergleich, wik-Consult, März 2003
- GWARTNEY, J. (1998): The Size and Functions of Government and Economic Growth, <http://www.house.gov/jec/>
- HEITGER, B. (2001): The Scope of Government and its Impact on Economic Growth in OECD Countries, Kiel Working Paper No. 1034, April 2001
- HUBER, M. (1999): Health Expenditure Trends in OECD Countries, Health Care Financing Review / Winter 1999/ Volume 21, Number 2
- OECD: Agriculture and Food Database, <http://www.sourceoecd.org>
- OECD: Economic Surveys Switzerland, Volume 2002/9 - May
- OECD: Education at a glance 2002, Paris
- OECD: Health at a glance 2001, 2003, Paris
- OECD: Health Database, <http://www.sourceoecd.org>
- OECD: Social Expenditure Database, <http://www.sourceoecd.org>
- PISA STUDIE: <http://www.pisa.oecd.org/Publicatn/Change.htm>
- POST (2002): Auszug aus dem Geschäftsbericht, [http://www.post.ch/Poste/Pdf/21\\_04\\_2003\\_14\\_14\\_56.pdf](http://www.post.ch/Poste/Pdf/21_04_2003_14_14_56.pdf)

- PRINZ, C. (2002): Towards a Coherent Policy Mix, Seminar on “Active Labour Market Policies for People with Disabilities”, Brussels, Belgium, 9 July 2002, <http://www.employment-disability.net/.../presentation%20Christopher%20Prinz%20OECD%20paper%20on%20policy%20mixes.ppt>
- SBB (2001): Beilage zum Geschäftsbericht: Statistik, [http://www.sbb.ch/gs/pdf/gbs/2001/vademecum\\_d.pdf](http://www.sbb.ch/gs/pdf/gbs/2001/vademecum_d.pdf)
- Schweizerische Sozialversicherungsstatistik 2003: Bundesamt für Sozialversicherungen, Bern
- SBB (2002): Geschäftsbericht 2001, [http://www.sbb.ch/gs/pdf/gbs/2001/vademecum\\_d.pdf](http://www.sbb.ch/gs/pdf/gbs/2001/vademecum_d.pdf)
- SCHARMISTHA, S., GRABOWSKI, R. (2003): How effective is public health expenditure in improving overall health? A cross-country analysis, *Applied Economics* 2003, 35, 835-845.
- SOMMER, J. (1999): Gesundheitssysteme zwischen Plan und Markt, Stuttgart: Schattgauer
- UVEK, Medienmitteilung  
[http://www.uvek.admin.ch/gs\\_uvek/de/dokumentation/medienmitteilungen/artikel/20030416/01366/](http://www.uvek.admin.ch/gs_uvek/de/dokumentation/medienmitteilungen/artikel/20030416/01366/) 16. 4. 2002
- VATERLAUS S., WORM H., WILD J., TELSER H. (2003): Liberalisierung und Performance in Netzsektoren, Strukturberichtserstattung SECO Mai 2003, Bern
- VATTER, A. (2002): Strukturen, Prozesse und Inhalte der schweizerischen Gesundheitspolitik, in: Christoph A. Zenger und Tarzis Jung (Hg.), *Management im Gesundheitswesen und in der Gesundheitspolitik, Kontext – Normen – Perspektiven*, Verlag Hans Huber, Bern, Göttingen und Toronto 2002, S. 155-166
- WENTE, T. UND VAUTH, C. (2003): Internationales Benchmarking von Gesundheitssystemen: Ansatz zur Problemlösung?, Diskussionspapier Nr. 286, ISSN 0949-9962 Oktober 2003
- WORLD HEALTH ORGANISATION (2000): World health report,  
<http://www.who.int/whr2001/2001/archives/2000/en/contents.htm>
- ZWEIFEL, P. (2000): Wettbewerbsmechanismen im Gesundheitsmarkt: die Schweiz CNE Health Care Conference 7.12.2000
- NZZ (2003): Immer weniger Kundschaft am Postschalter, 9.7.2002
- STATISTISCHES LEXIKON DER SCHWEIZ: Premium (erweiterte Online-Version des Statistischen Jahrbuchs der Schweiz), <http://www.jahrbuch-stat.ch/d/auswahl.htm>
- WORLDBANK: Edstats database, <http://www1.worldbank.org/education/edstats/>